

WALTER LEIMGRUBER

Europa an der Wand. Schweizerische Verortungen.

Europa hängt, so scheint es nach den EU-Verfassungsabstimmungen der letzten Jahre und nach der unendlichen Türkei-Diskussion, in der Luft. Vielleicht müsste man auch sagen, die Luft ist aus Europa raus, der blaue Ballon mit den leuchtenden gelben Sternen ist von einem runden, aufsteigenden Fluggefährt zu einer zerknautsch-zerknuddelten, fluguntauglichen Gummimasse geworden.

Das Bild ist einseitig, die Katerstimmung wohl primär im Westen anzusiedeln, im Osten des Kontinents sieht es anders aus, zumindest in dem Teil des Ostens, der vor Kurzem den Schritt nach „Europa“ geschafft hat, in die EU aufgenommen und damit wohl erst richtig europäisiert worden ist, wie das wenigstens dem Westen bisweilen erscheint. Aber auch im fernen europäischen Osten und Südosten des Kontinents, wo die „Wilden“ hausen, die zivilisiert werden müssen, erfüllt der über den Köpfen schwebende, so nahe und im Moment doch so unerreichbare blaue Ballon weiterhin seine Pflicht, signalisiert Aufbruch in die Zukunft und die Hoffnung, in den erlauchten Klub aufgenommen zu werden. Allüberall künden vor allem in diesen Regionen Schilder mit EU-Emblemen, dass diese hier baut, fördert, finanziert: Autobahnen ohne Verkehr, die ins Nirgendwo führen, alte Häuser, die restauriert, neue, die schnell aus dem Boden gestampft werden, Landwirtschaftsbetriebe und Kulturinstitutionen, Wasserleitungen und Dorfläden, sie alle zielt die Mitteilung „Hier tut die EU etwas“. Manchmal bekommt man bei Reisen durch Europa den Eindruck, die EU sei nirgends so präsent wie dort, wo sie gar nicht ist, noch nicht ist. Aber dieser Eindruck täuscht wohl, weil in erster Linie diejenigen die Schilder anbringen müssen, die nicht in der EU sind, aber etwas von der EU oder in die EU wollen. Diejenigen, die es geschafft haben, am großen Tisch zu sitzen, brauchen diese blau-gelbe Zurschaustellung weniger, bei ihnen kehrt ein Automatismus ein, fließt das Geld ohne Bücklinge und Verrenkungen, ohne dass man Europa an die Wand schraubt.

Dennoch schiene es nicht uninteressant, bei Gelegenheit wieder einmal auf die einst im Fach so populäre und heute weitgehend inexistente Methode der Kartierung zurückzugreifen und festzuhalten, wo überall die blau-gelben Embleme oder Abwandlungen davon auftauchen und in welchen Zusammenhängen sie stehen. Vielleicht würden wir Überraschungen erleben, was die Verbreitung und Verdichtung dieses sichtbaren Europas betrifft.

Das Blau-Gelb der EU hat andere Vorstellungen Europas praktisch zugedeckt. Auch wenn es eine ganze Reihe weiterer europäischer Institutionen gibt, die in verschiedenen Bereichen wirken, so werden diese kaum je wahrgenommen, schon gar nicht von einer breiteren Bevölkerung. Die konsequente EU-Marken- und Labelarbeit mit dem Sternenkranz macht sich bezahlt.

Hier soll aber nicht von Blau-Gelb, sondern von Rot-Weiß die Rede sein, nicht von den Ländern, die nicht zur EU gehören, aber gerne dazugehören möchten, nicht von den Ländern, bei denen gestritten wird, ob sie überhaupt zu Europa gehören oder nicht. Vielmehr geht es hier um ein Land, dem niemand die Zugehörigkeit zu Europa abspricht, in dem sich aber kein Blau-Gelb findet mit der Bemerkung „Hier tut, baut, finanziert ...“ und in dem auch kaum jemand sehnsüchtig auf den schwebenden, doch unerreichbaren blau-gelben Ballon starrt: die Schweiz. Sie ist nicht Mitglied der EU und unterscheidet sich in diesen Punkten deutlich von den übrigen Nicht-EU-Mitgliedern (mit Ausnahme Norwegens), die in der blau-gelben Europaliga spielen möchten. Dennoch gibt es Übereinstimmungen mit diesen Ländern, die man vielleicht in der These bündeln könnte, dass Europa, verstanden als EU, nirgends so präsent ist wie dort, wo es nicht ist. Und diese Präsenz ist beileibe nicht nur eine, die bei Politikern zu spüren ist, oder nur eine spür-, aber kaum sichtbare. Diese Präsenz prägt auch die Schweiz visuell in einem enormen Ausmaß. Allerdings ist diese Sichtbarkeit keine konstante, sondern eine temporäre. In ganz bestimmten Rhythmen taucht Europa auf und verschwindet wieder, weniger als blau-gelber Ballon der Hoffnung denn als kaum fassbares Gespenst, Furcht erregend für die einen, faszinierend und betörend für die anderen. Doch wenden wir uns zunächst einigen Fakten zu, die für das Verhältnis der Schweiz zu Europa im Allgemeinen und zur EU im Besonderen als wichtig erscheinen.

Historische Beziehungen

Die Schweiz ist das Herz Europas, lernen wir in der Schule, wenn nicht die Wiege, so doch der Ausgangspunkt, die Quelle, denn von hier fließen die Wasser nach allen Seiten, im Gotthardgebiet entspringen die Rhone, die ins Mittelmeer fließt, der Rhein, der sich in die Nordsee ergießt, der Po, der sich träge zur Adria wälzt und der Inn, der sich auf den langen Weg Richtung Schwarzes Meer macht. In kaum einem Schulbuch fehlt diese erste Verortung Europas an den Steinwänden des Gotthards. Europa entspringt, zumindest in den Köpfen schweizerischer Schulbuchautoren und auch mancher Politiker, am Gotthard; müsste man also ein geographisches Symbol suchen, das alle Regionen Europas miteinander verbindet, es läge nach Ansicht der Schweizerinnen und Schweiz hier und nicht in den abgelegenen Orten des näheren Osteuropas, die alle behaupten, der geographische Mittelpunkt Europas zu sein.



Bild 1: Plakat für die Gotthard-Bahn, 1902.

Im Zeitalter der Industrialisierung und des Eisenbahnbaus diente auch das Schienennetz mit dem Nadelöhr Gotthard als Sinnbild, lag hier wie auf dem Eisenbahnplakat aus dem Jahr 1902 gleichsam die stählerne Gebärmutter Europas. Bis heute findet das Gebirgsmassiv in verschie-

densten Zusammenhängen Verwendung als Symbol schweizerisch-europäischer Verbindungen, nicht selten auf der Metaphorik des Geschlechts basierend, wobei die Schweiz die weibliche Rolle übernimmt, europäischem Transitbegehren entweder verschlossen bleibt oder aber vom europäischen Bullen besprungen wird.

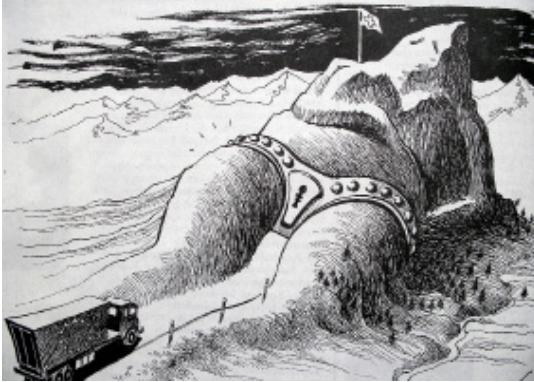


Bild 2: Die Schweiz und Europa. Karikatur von Chappatte, 1997.



Bild 3: Karikatur von Hans Sigg, 1991.

Insbesondere im Laufe des 19. und des 20. Jahrhunderts wurde aus der Gotthard-Region der zentrale Mythos der Schweizer Geschichte, und

zwar immer bezogen auf eine europäische Perspektive.¹ Hier versammelten sich im ausgehenden 13. Jahrhundert Bauern, um ihre alten Rechte zu verteidigen, die von den Habsburgern, dem Inbegriff einer europäischen Dynastie, die das Römische Reich Deutscher Nation regierten und deren Stammhaus übrigens in der Schweiz steht, usurpiert worden waren. Die Geschichte der Schweiz wird mit dieser Konstruktion zu einer Geschichte des Widerstands gegen Europa, ganz egal, ob sich dieses in Form der Habsburger oder später der Burgunder und Franzosen, Napoleons, Hitlers oder der EU manifestierte.

Die Schweizer besiegten Karl den Kühnen, Herrscher des mächtigen Burgund, kämpften gegen Napoleon und gegen alle anderen, welche die epochenspezifischen Europäisierungsbestrebungen verkörperten; unabhängig davon, ob es sich um feindliche oder freundliche Annäherungen handelte. Sie definierten ihr nationales Selbstverständnis immer in Bezug auf die übrigen europäischen Staaten, sahen ihr Land als „Sonderfall“, ein Begriff, der bis heute eine große Rolle spielt und auch immer wieder heftig diskutiert wurde.²

Allerdings ist die schweizerische Politik in zwei Phasen zu unterteilen, eine expansive und eine defensive: Die Schweizer mischten in einer ersten Phase in der europäischen Großmachtpolitik mit, bis sie im Jahre 1515 bei Marignano von Frankreich vernichtend geschlagen wurden. Diese Niederlage wurde zum politischen Sieg uminterpretiert, der den Weg weg von der europäischen Großmachtpolitik und hin zur Neutralitätspolitik gewiesen habe.³ Das berühmte Marignano-Bild von Ferdinand Hodler im Waffensaal des Schweizerischen Landesmuseums in

¹ Guy P. Marchal: Die „Alten Eidgenossen“ im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewusstsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert. In: Historischer Verein der Fünf Orte (Hg.): Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft. Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft. Bd. 2: Gesellschaft. Alltag. Geschichtsbild. Olten 1990, S. 309-406; Helmut Stalder: Mythos Gotthard. Was der Pass bedeutet. Zürich 2003.

² Vgl.: Walter Leimgruber/Gabriela Christen (Hg.): Sonderfall? Die Schweiz zwischen Réduit und Europa. Zürich 1992; Guy P. Marchal/Aram Mattioli (Hg.): Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität. Bricolages d'une Identité nationale. Zürich 1992.

³ Andreas Suter: Neutralität. Prinzip, Praxis und Geschichtsbewusstsein. In: Manfred Hettling (Hg.): Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen. Frankfurt a. M. 1998, S. 133-188; Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, 8 Bde., Basel 1965-1975; Georg Kreis: Kleine Neutralitätsgeschichte der Gegenwart: Ein Inventar zum neutralitätspolitischen Diskurs in der Schweiz seit 1943. Bern 2004.

Zürich, das einen nationalen Kunststreit hervorrief, behandelt diesen wichtigen Moment schweizerischen historischen Denkens.⁴

Diese Sicht auf das eigene Land als Sonderfall galt nicht nur für die äußeren Beziehungen des Landes, sondern auch für das innere Gefüge. Während 1848 die revolutionären politischen Forderungen in praktisch ganz Europa scheiterten, hatte die Demokratisierung in der Schweiz Erfolg und Bestand. Damals entstand der Staat in seiner heutigen Form, republikanisch, direkt-demokratisch, föderalistisch. Und dennoch sah er sich selbst in diesem Moment nicht im Einklang mit dem übrigen Europa. Denn einerseits setzten sich diese Ideen praktisch nirgendwo durch, andererseits wurden für die Konstituierung der modernen europäischen Nationalstaaten Faktoren wichtig, die für die Schweiz gefährlich waren: gemeinsame Sprache, Kultur, Herkunft und Geschichte. Die Schweiz versuchte sich zwar in der Folge eine gemeinsame Geschichte zu geben, pflegte aber die sprachliche und kulturelle Vielfalt als Gegenbild zu den eigentlichen Nationalstaaten. Das moderne nationalstaatliche Europa erhielt in der Schweiz zugleich einen Partner wie auch einen Gegner. Der in der Schweiz geprägte Begriff der „Willensnation“, der die Freiwilligkeit des staatlichen Zusammenschlusses im Gegensatz zur angeblich „natürlichen“ oder historisch gegebenen Zusammengehörigkeit betont, würde auch für die EU gut passen.⁵ Der Ausdruck „imagined community“⁶ trifft in einem sehr direkten Sinne auf die Schweiz, aber auch auf die EU zu. Prinzipien wie Einheit in der Vielfalt und Subsidiarität gelten als Grundregeln der europäischen wie der schweizerischen Politik.

Die Schweiz war nach 1848 für einige Jahrzehnte in der Tat, was sie als Kern ihrer gesamten Geschichte beschwört: ein Sonderfall. Sie verfügte über ein demokratisches System in einer Welt, die von Monarchien und autoritären Regierungen bestimmt wurde, sie fasste verschiedene Sprachen und Kulturen zusammen in einer Zeit, in welcher der

⁴ Die Wandmalereien in der Waffenhalle des schweizerischen Landesmuseums. Dokumentierter Spezialbericht der Museums-Direktion an die eidgenössische Landesmuseums-Kommission. Zürich 1900.

⁵ Carlo Moos: Ideal und Wirklichkeit. Willensnation und Mehrsprachigkeit 1848 und später. In: Neue Zürcher Zeitung, 27./28.06.1998, S. 70; Walter Leimgruber: Die Schweiz am Ende einer Epoche. In: Ders./Werner Fischer (Hg.): „Goldene Jahre“. Zur Geschichte der Schweiz seit 1945. Zürich 1999, S. 181-202.

⁶ Vgl. Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt a. M. 1988.

Nationalgedanke Triumphe feierte, und sie organisierte sich föderalistisch, während zunehmend zentralisierte Staatswesen entstanden.

1848 war aber auch geprägt von einem vorangehenden Bürgerkrieg und von großer innerer Zerrissenheit, die dazu führte, dass der neu entstandene Bundesstaat seine Mythologie und seine Ikonographie nicht auf dieser Umwälzung aufbaute, sondern weit zurück in der Vergangenheit Elemente suchte, die alle Schweizerinnen und Schweizer, egal wie sie den neuen Bundesstaat beurteilten, verbinden sollten.

Verstärkt wurde diese rückwärtsgewandte Suche durch die Tatsache, dass 1848 nicht möglich gewesen wäre ohne 1798. In diesem Jahr marschierten die napoleonischen Truppen in der Schweiz ein, fegten das so genannte Ancien Régime weg, verordneten dem Land eine neue Gliederung und eine moderne Verfassung und legten mit einer an den code civil angelehnten Gesetzgebung die rechtliche Grundlage der gesellschaftlichen Modernisierung. Doch die positiven Elemente der Besetzung wurden nie wirklich akzeptiert, vielmehr gilt 1798 bis heute den meisten als Jahr einer weiteren schmachvollen Niederlage gegen Außen, und die Franzosen erscheinen als Plünderer und Diebe, wie die Darstellung der gemolkenen und geschlachteten Kuh zeigt.⁷



Bild 4: Politpropaganda während der Helvetik: Französische Soldaten melken und schlachten Schweizer Kühe.

⁷ Leimgruber: Die Schweiz am Ende einer Epoche (wie Anm. 5.), S. 181-202; Thomas Hildbrand/Albert Tanner (Hg.): Im Zeichen der Revolution. Der Weg zum schweizerischen Bundesstaat 1798 bis 1848. Zürich 1997; André Schluchter/Christian Simon (Hg.): Dossier Helvetik. Dossier Helvétique, 6 Hefte, Basel 1996-1998.

Der Einfluss von Außen, ohne den die moderne Schweiz nicht zustande gekommen wäre, macht dem Land bis heute zu schaffen. Die Mühe, die es damit hat, dass es nicht autonom und souverän zu dem geworden ist, was es ist, hat dazu geführt, dass ganz bewusst ein anderes Bild seiner Entstehung geschaffen wurde, dasjenige von 1291. Ein Bild, in dem die Schweiz eigenständig handelt, überlegen ein politisches System schaffend, das zum erfolgreichsten und dauerhaftesten Europas wurde.



Bild 5: Paul Hadol: Nouvelle carte d'Europe dressée pour 1870.

Das niedliche Schweizer Chalet steht stabil in einer unruhigen, gefährlichen Nachbarschaft – dieses Bild des Landes als Hort der Ruhe und des Friedens dient als Vorlage vieler Karikaturen; das „Schweizerhaus“ wurde geradezu zum Symbol der Stabilität und des Wohlstandes des Landes.

Die Schweiz hat den Einfluss des Auslandes, der Außenwelt, auf die Gestaltung der Innenwelt weitgehend verdrängt. Dies scheint mir für das Verständnis der schweizerischen Haltung bis heute wichtig und dies prägt auch die visuelle Ebene, die bestimmt wird von der Heldengeschichte der alten Eidgenossenschaft: Immer wieder taucht beispielsweise Wilhelm Tell auf, Schiller'scher Tyrannenmörder und Inbegriff des freien, aufrechten Schweizers, der friedlich in den Bergen lebt, wenn man ihn lässt, aber zur Waffe greift, wenn man ihn zu knechten versucht,

verewigt im Gemälde von Ferdinand Hodler, im Altdorfer Denkmal von Richard Kissling, auf Münzen und Briefmarken. Egal, ob gegen Völkerbund, gegen den Kommunismus gegen die UNO oder gegen die EU: Immer wieder erhebt sich Tell gegen neue drohende fremde Vögte.



Bild 6: „Hütet Euch vor dem Versailler Völkerbund.“ Plakat von Otto Baumberger, 1920.



Bild 7: Wahlplakat der Freisinnigen Partei, Zürcher Kantonsrats-Wahlen 1935.

Umkehrungen, seien es einfache wie auf einem Plakat, das für den Beitritt zum EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) wirbt und Tell zusammen mit seinem Sohn Walter in ein offen- strahlendes Europa spazieren lässt, oder raffinierte wie diejenige der Künstlerin Meret Oppenheim, die eine schweizerische Briefmarke „europäisierte“, blieben die Ausnahme.



Bild 8: Meret Oppenheim, Wilhelm Tell – Europa; Briefmarke 1972, Gouache auf Schweizer Briefmarke der Zwanziger Jahre.

Etwas weniger prominent, aber allen Schweizern vertraut, taucht die Rütli-Scene, verstanden als Urszene des gemeinsamen Bundes, in entsprechenden Kontexten auf unzähligen Abbildungen auf, die sich ebenfalls häufig an historische Vorlagen wie hier dem Gemälde von Johann Heinrich Füssli orientieren.



Bild 9: Plakat der SVP Emmen, ohne Datum (ca. 2000).



Bild 10: Postkarte von 1914.

Der Erste und der Zweite Weltkrieg verstärkten das Bild des Landes als Insel oder als Bergfestung, in der es sich zu verschanzen galt, bis der über Europa hinwegbrausende Sturm sich gelegt hatte, was mit der so genannten Réduit- Strategie zur offiziellen militärischen Doktrin während des Zweiten Weltkriegs wurde. Diese „Einigelung“ wird immer wieder visuell umgesetzt, auch in Kombination mit anderen als typisch schweizerisch geltenden Motiven, in der Karikatur von Raymond Burki etwa dem Melkschemel des Kuhschweizers.



Bild 11: Réduit und Armeestellung. Rot: Limmattstellung, grün: Sicherungsstellung, schwarz: Réduitgrenze.

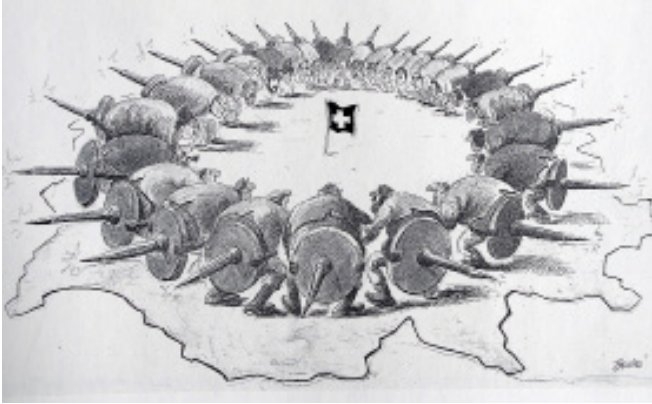


Bild 12: Karikatur von Raymond Burki (24 Heures).

Der Schweizer hielt als Bürger und Soldat an der Grenze oder in den Bergen Wache gegen den bedrohlichen Feind; ob Faschismus oder Kommunismus: es galt, den Drachen, das Ungeheuer abzuwehren.



Bild 13: Wahlplakat von Carl Scherer, Zürcher Gemeinderatswahlen 1933.



Bild 14: Plakat, anonym (Otto Plattner), Nationalratswahlen 1947, Basel.

Diese Dämonisierung des gefürchteten äußeren Gegners findet sich bis heute, und wer sich innenpolitisch für die „Feinde“, einsetzt wie die Befürworter des Beitritts zum Schengen/Dublin-Abkommen der EU, wird in ähnlicher Weise als perfider Giftmischer verunglimpft wie früher angebliche Parteigänger fremder Mächte.



Bild 15: „Schengen ist ein Trojanisches Pferd“, Plakat der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), 2005.



Bild 16: „Achtung: Giftmischer im Bundeshaus“, Plakat von SVP und AUNS, 2004.

Völkerverbindende Gesten und ihre visuellen Umsetzungen sind ebenfalls zu finden, förderten aber bisweilen eher die Abwehrhaltung der Mehrheit, wie zum Beispiel ein Plakat des populären Künstlers Hans Erni für die Gesellschaft Schweiz – Sowjetunion aus dem Jahr 1944, welche das kleine Land verbunden mit dem Riesen zeigt und eher Bedrohungsängste als freundschaftliche Verbundenheitsgefühle hervorrief.

Ab den 1950er Jahren kam, ausgelöst durch die zunehmende Einwanderung, ein weiteres Element der Fremdenangst hinzu, das der Migranten. Heftige Auseinandersetzungen über die Immigrationspolitik führten zu mehreren Abstimmungen zur Begrenzung der Ausländerzahl. Alle entsprechenden Forderungen wurden zwar abgelehnt, die heftigen und polemischen Diskussionen prägten jedoch das politische Klima stark mit. Obwohl heute der Ausländeranteil bei rund 20 Prozent liegt und die Integration teilweise sehr erfolgreich war, fehlt das Bewusstsein, ein Migrationsland zu sein, weitgehend.



Bild 17: „Stop der Überfremdung“, Plakat zu den Nationalratswahlen, 1967.



Bild 18: „Wenn die Pyramide fällt, fällst auch Du!“ Plakat Überfremdungsinitiative 3, 1974.

Eine zweite Sichtweise auf die historische Rolle der Schweiz, teilweise in Konkurrenz, teilweise aber auch in Übereinstimmung mit dem bisher skizzierten Bild der schweizerischen Abwehrhaltung, ist geprägt von der Vorstellung der Schweiz als Vorbild, wie sie etwa in der gerne zitierten Aussage von Victor Hugo aufscheint: „La Suisse, dans l’Histoire, aura le dernier mot.“⁸ „Encore faut-il qu’elle le dise“, fügte später der schweizerische Schriftsteller Denis de Rougemont (1906-1985) hinzu. In dieser Sicht soll die Schweiz aktiv nach außen wirken, als Leuchtturm, als Friedensstifterin und neutrale Vermittlerin, die den Nachbarn hilft und nach dem Zweiten Weltkrieg die Europahilfe initiiert. De Rougemont propagierte die Schweiz als „Modell Europas“ offensiv.⁹ Bis heute wirkt diese Vorstellung auch in einzelnen Parteiprogrammen, etwa der Schweizerischen Volkspartei, nach.



Bild 19: Postkarte aus der Zeit des Ersten Weltkriegs.

- ⁸ Victor Hugo: *Le Régiment du Baron Madruce* (Garde impériale suisse). In: *La Légende des Siècles* (1. Teil). O.O. 1859, S. 714.
- ⁹ Denis de Rougemont: *Die Schweiz, Modell Europas: Der schweizerische Bund als Vorbild für eine europäische Föderation*. Wien u. a. 1965.; vgl. insgesamt zur Entwicklung des Geschichtsbildes in der Schweiz auch: Manfred Hettling: *Geschichtlichkeit. Zwerge auf den Schultern von Riesen*. In: Ders.: *Eine kleine Geschichte der Schweiz* (wie Anm. 3), S. 91-132.



Bild 20: Helvetia als Vermittlerin, Postkarte um 1918.



Bild 21: Helvetia als Beschützerin hilfsbedürftiger Flüchtlinge, Bundesfeierkarte 1915.



Bild 22: Plakat „Schweizer Europahilfe – Schweizer Auslandhilfe“, 1957.

„Die SVP steht zum bewährten *Sonderfall* Schweiz. Als *Fels in der Brandung* hat unser Land einen wichtigen Platz inmitten einer EU, welche vor großen Herausforderungen steht. Unsere *Freiheit und Unabhängigkeit* machen uns stark und als sicheren Wirtschafts- und Finanzplatz attraktiv. Diese Stärken gilt es zu bewahren. Die SVP tritt für eine welt-offene Schweiz ein, die sich selbstbewusst dort einsetzt, wo ihre Qualitäten gebraucht werden, und sich nicht dem Diktat der Großmächte unterwirft. Die demokratischen Rechte des Volkes sollen international *Vorbild* sein und keinesfalls vermeintlichen außenpolitischen Zielen wie dem EU-Beitritt geopfert werden.“ [Hervorhebungen W. L.]¹⁰

¹⁰ Ueli Maurer, Nationalrat, Präsident der SVP Schweiz. In: SVP: Wahlplattform 2003-2007, Bern o. J., S. 5.

Im internationalen Kontext vollzog sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg eine Entwicklung, welche die Ausgangslage der Außenpolitik veränderte, zunächst jedoch in der Schweiz kaum zur Kenntnis genommen wurde: Erstens entwickelten sich praktisch alle umliegenden Länder ebenfalls zu Demokratien. Zweitens setzte ein wirtschaftlicher Aufschwung bisher unbekannter Dimension ein, der Unterschiede weitgehend ausglich und eine relativ homogene Gruppe von reichen Staaten entstehen ließ. Die Schweiz verlor damit ihren Ruf als Wohlstandinsel. Drittens entstanden gerade als Folge des Zweiten Weltkrieges neue Formen der internationalen Zusammenarbeit, die eine solche Katastrophe in Zukunft verhindern sollten: in Europa die Montanunion als Urform der EU, weltweit die UNO als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes.

Die Änderungen im internationalen Umfeld führen zu einer Umwelt, in der die Schweiz sich weniger von den umliegenden Staaten unterscheidet als je zuvor. All dies kümmert das Land wie gesagt wenig. Nach dem Erfolg der ersten hundert Jahre werden die Maximen weiter gepflegt und verfestigt. Die Geschichtsbücher der Nachkriegszeit bleiben voll von Begriffen, die hervorheben, dass die Schweiz gegen etwas, nicht mit etwas entstanden ist: Von der Schweiz als Antithese zur allgemeinen historischen Entwicklung (Herbert Lüthy¹¹), als Gegenläufigkeit (Karl Schmid¹²), als Kontrapunkt (Georges-André Chevallaz¹³) ist die Rede.

Gerade in dieser Phase, in der die umliegende Staatenwelt sich rasant veränderte, verhartete die Schweiz: Die Dynamik der ersten 50 Jahre des 19. Jahrhunderts, die zunehmende Stabilisierung in der zweiten Hälfte, die Krise und Konsolidierung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wichen zunehmend einer Erstarrung, jeder Vorschlag zur Veränderung erschien daher als Angriff auf das System an sich. Was so lange so erfolgreich war, bedarf keiner Änderung, ist praktisch perfekt, glauben viele.

¹¹ Herbert Lüthy: Die Schweiz als Antithese. Zürich 1969.

¹² Karl Schmid: Versuch über die schweizerische Nationalität. In: Ders.: Aufsätze und Reden. Zürich u. a. 1957, S. 10-133, hier S. 104.

¹³ Georges-André Chevallaz: Le gouvernement des Suisses ou l'histoire en contre point. Lausanne 1989.

Wirtschaft, Politik und Recht

Während die Schweiz ihre politische Unabhängigkeit betont, gehört sie wirtschaftlich zu den intensiv verflochtenen Staaten. Sie war, was von der Größe her doch ziemlich überrascht, vor der Osterweiterung der viertgrößte Handelspartner der EU. Und umgekehrt ist die EU für die Schweiz der allerwichtigste wirtschaftliche Partner überhaupt. Das Bild vom kleinen David, der gegen den Riesen Goliath antritt, immer wieder von verschiedenen Seiten beschworen, mal als Aufmunterung, mal als Ironisierung, trifft in ökonomischen Belangen nicht ganz zu. Vielleicht trägt dies dazu bei, dass sich die EU auf zeitraubende und mühselige Verhandlungen mit dem kleinen Land einlässt.

Die Schweiz ist Mitglied verschiedener europäischer Organisationen, seit 1960 der EFTA, seit 1963 des Europarates. 1972 schloss sie ein Freihandelsabkommen mit der damaligen EG. Seit 1992 schlummert auch ein stillgelegtes Beitritts-gesuch in Brüssel, das immer wieder zu innenpolitischen Polemiken Anlass gibt. Im gleichen Jahr lehnte die Schweiz in einer denkwürdigen Abstimmung den Beitritt zum EWR, äußerst knapp mit 50.3 Prozent Nein-Stimmen ab.

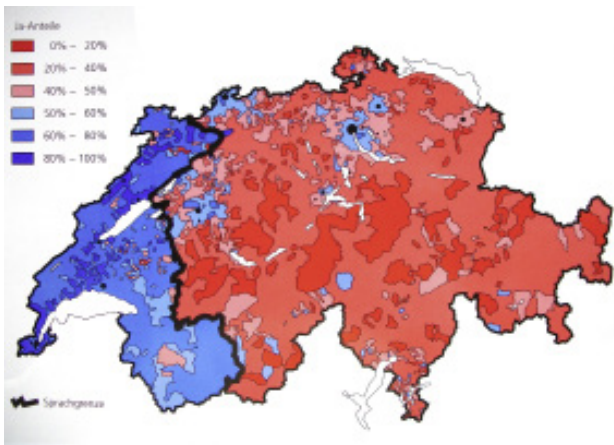


Bild 23: Abstimmungskarte der EWR-Abstimmung von 1992.

Die Karte der Abstimmungsergebnisse über diesen Beitritt zum EWR offenbart eine markante Trennlinie zwischen der deutschen und der fran-

zösischen Schweiz. Alte Gräben zwischen den Sprachregionen wurden mit der Europadiskussion wieder aufgerissen, der vielzitierte Begriff des „Röstigrabens“, der die deutsche und französische Schweiz trennt, besitzt seit 1992 auch eine stark europapolitische Konnotation. Die äußere Situation der Schweiz bestimmt seither wieder in verstärktem Masse die innere mit. Die Schweizerkarte lässt sich in vielen Bereichen nicht ohne Europakarte denken und verstehen.

Seit der Abstimmung von 1992 versuchen die EU und die Schweiz in einem langwierigen Verfahren, ihr Verhältnis auf jenen Gebieten zu klären, die für beide Seiten wichtig sind. In so genannten bilateralen Verträgen wurden die gegenseitigen Rechte und Pflichten definiert. Auf schweizerischer Seite hatte das Stimmvolk über diese Abkommen, soweit sie dem Referendum unterstanden, aber auch über weitere Initiativen unterschiedlicher Stossrichtungen zu befinden – so etwa die Volksinitiative EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk (08.06.1997), die Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (21.05.2000), die Volksinitiative Ja zu Europa (04.03.2001), der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen über die Assoziierung an Schengen und Dublin (Schengen-Dublin) (05.06.2005) sowie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten (Osterweiterung, 25.09.2005).

Europa manifestiert sich daher auch in Begriffen, die jedem Schweizer und jeder Schweizerin geläufig sind, abstrakten wie „Bilaterale I und II“, aber auch vermeintlich konkret räumlichen, in Wirklichkeit aber symbolischen Bezeichnungen wie Schengen, Dublin, Bologna und Pisa. Die reale Geographie Europas wird zunehmend überlagert von einer symbolischen.

In den schweizerischen Medien ist immer wieder zu hören und zu lesen, kein Land führe die Gesetze und Bestimmungen der EU so schnell ein wie die Schweiz. Auch wenn diese Behauptung kaum empirisch exakt überprüft wurde, ist die schnelle Übernahme der europäischen Regelungen durch die schweizerische Politik deutlich erkennbar. Die Politik verwendet für diesen Vorgang den wunderschönen Euphemismus „Autonomer Nachvollzug“, eine *contradictio in adiecto*, die aber die schweizerische Haltung treffend beschreibt: Das Land tut so, als stünde es außerhalb, sei autonom, erweist sich aber als fixer im Nachvollziehen als alle Insider. Ein Grossteil der jährlich erlassenen neuen Gesetze und Verordnungen stellt in der Tat nichts Anderes dar als Anpassungen an die jeweils neuesten Verordnungen der EU. Angesichts der Zahlen zur

wirtschaftlichen Abhängigkeit erstaunt das nicht weiter. Würde die EU bestimmte Produkte nicht mehr einführen, käme das für viele Branchen in der Schweiz einem Todesstoss gleich.

Wandbilder

Kommen wir nun aber zur Verortung Europas an schweizerischen Wänden. Kein Land hat sich wohl derart intensiv mit Europa auseinandergesetzt wie die Schweiz. Das Instrument der direkten Demokratie, im übrigen einer der Gründe, warum viele Schweizer so europaskeptisch sind, führt dazu, dass die Schweizer Bürgerinnen und Bürger regelmäßig zu Fragen Stellung nehmen müssen, die den meisten Bewohnern Europas nur von ferne, häufig nur aus den Medien bekannt sind.

Und so kommt es, dass Europa in regelmäßigen Abständen in einer Dichte visuell präsent ist, wie sie anderswo kaum erreicht wird. Viele der außenpolitischen Diskussionen der letzten Jahre haben direkt mit der EU zu tun, andere indirekt mit europäischen oder zum Teil auch allgemein internationalen, aber doch primär auf den europäischen Raum bezogenen Entscheidungen, wie z.B. Migration, Einsatz von Blauhelmen oder anderen internationalen Truppen (wie etwa im Kosovo). Selbst als nicht europaverdächtig erscheinende Themen wie die so genannte Schwerverkehrsabgabe sind eine direkte Folge der Europapolitik, in der eine Lösung gefunden werden musste zwischen der von der EU propagierten freien Mobilität des Güterverkehrs und der in der Schweiz vom Stimmvolk verabschiedeten Vorgabe, möglichst viel alpenquerenden Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Drei Ebenen sollen im Folgenden betrachtet werden, nämlich erstens die Ebene der politischen Institutionen, internationalen Organisationen und Abkommen; zweitens die wirtschaftliche Ebene und drittens die Ebene der Migration.

Die Ebene der politischen Institutionen, internationalen Organisationen und Abkommen

Die Argumente, mit denen Europa auf politischer Ebene bekämpft wird, betreffen neben der skizzierten historischen Abwehrhaltung vor allem die Ebene demokratischer Kultur: Fremde Vögte, die dem Volk Bestimmungen auferlegen, zu wenig ausgebaute Mitspracherechte innerhalb der EU, fehlende demokratische Kontrolle der EU-Kommission, unkontrollierter Bürokratismus lauten etwa die Vorwürfe.

Die demokratische Kultur der Schweiz kann mit dem Zwitterwesen EU, das demokratiethoretisch kaum zu verorten ist und mit der Struktur und den Kompetenzen seiner einzelnen Organe viele Angriffsflächen bietet, wenig anfangen. Hier besteht im Übrigen eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen Befürwortern und Gegnern. Auch Befürworter einer EU-freundlichen Politik oder eines EU-Beitritts kritisieren die entsprechenden Mängel der EU, die es auf jeden Fall zu beheben gelte.

Die Abstimmungen über die EU-Verfassung haben deutlich gemacht, wie groß dieses Demokratieproblem der EU in der Tat ist und wie wenig diese mit dem Instrument der Volksbefragung umgehen kann. Über die Katerstimmung nach den negativen Voten hat man sich in der Schweiz auch amüsiert, war doch der Unterschied zwischen Politikern, bei denen solche Niederlagen an der Urne zum Alltag gehören, und solchen, die Volksbefragungen primär als Mittel der Akklamation sehen, deutlich zu spüren.

Weitere häufig zu hörende Argumente gegen den Beitritt zur EU betreffen Fragen des Föderalismus, der Neutralität und natürlich generell der Souveränität und Unabhängigkeit.

Bildsprache der Gegner¹⁴

Betrachten wir zunächst die Bildsprache jener Parteien und Organisationen, die sich gegen einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union aussprechen und jeder Annäherung an die EU skeptisch gegenüberste-

¹⁴ Die Einstellungen einzelner Parteien und Organisationen zum Verhältnis der Schweiz zur EU sind teilweise sehr komplex. Der Einfachheit halber bezeichne ich im Fol-

hen, wobei es bei den einzelnen Sachfragen zu unterschiedlichen Meinungen und Gruppenbildungen kommen kann. Als Datenmaterial dienen die Plakate, Inserate, Broschüren und Abstimmungsplattformen der verschiedenen, oben erwähnten europapolitisch relevanten Abstimmungen, teilweise auch von Wahlen.

Im Zentrum der gegnerischen Argumentation steht das traditionelle Abgrenzungs- und Schutzbedürfnis, häufig dargestellt durch einen Zoll- und Schlagbaum, der unliebsame Eindringlinge aufhalten soll. Die Schweiz hat sich dem äußeren Druck entgegenzustellen und die drohende Abhängigkeit zu vermeiden, sonst wird sie zur Marionette oder zu dem von einer übermächtigen Braut dominierten Bräutigam.



Bild 24: „Nein zum Schengener Unsicherheitsraum!“, Flugblatt der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), 2005.

genden diejenigen Organisationen als „Gegner“, die gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU sind und in der Regel auch anderen Formen der Annäherung skeptisch gegenüberstehen. Als „Befürworter“ bezeichne ich diejenigen, die entweder einen Beitritt zur EU oder aber eine engere Zusammenarbeit wünschen. Die realen Positionen sind jedoch sehr viel komplizierter, viele Befürworter einer Annäherung sind Gegner eines Beitritts, und je nach konkret vorliegender Abstimmungsfrage kann die gleiche Partei oder Organisation auch die Seite wechseln. Bezogen auf die hier präsentierten Abstimmungs- und Wahlkampagnen beziehen sich die Bezeichnungen „Gegner“ und „Befürworter“ immer auf die Position gegen oder für eine engere Zusammenarbeit mit der EU in der jeweils zur Diskussion stehenden Sachfrage.



Bild 25: „Das EWR beschert uns...“, Flugblatt zur Abstimmung zum EWR-Beitritt, 1992.



Bild 26: „Der EWR-Vertrag ist eines freien Volkes unwürdig.“ Broschüre des Komitees gegen EWR/EG-Beitritt der Schweiz, 1992.



Bild 27: „Freiheit verlieren?“ Abstimmung „Ja zu Europa“, 2001.

Die EU wie auch andere Organisationen (z. B. die UNO) stellen heute weniger eine militärische als eine bürokratische Bedrohung dar, was etwa mit einem niedersausenden Stempel dargestellt wird. Dennoch tauchen immer wieder auch Symbole der Gewalt auf, etwa Beißzangen, Fäuste oder riesige Hände, welche die Schweiz packen.

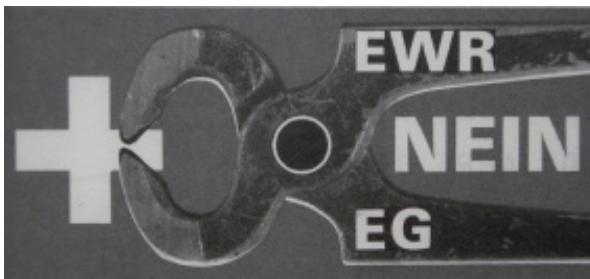


Bild 28: „EWR/EG Nein“. Abstimmungskleber AUNS, 1992.



Bild 29: „Warum es uns im EWR schlechter geht.“ Broschüre des Komitees gegen EWR/EG-Beitritt der Schweiz, 1992.

Verlust der Freiheit, der Neutralität, der direkten Demokratie und die Beschwörung von Rütlichschwur und Tell als Elemente einer sich auf die Geschichte berufenden Argumentation haben wir bereits kennen gelernt. Neben den erwähnten Bildern taucht auch die Helvetia als Symbol der Schweiz auf. Zentral ist aber das Schweizerkreuz, das auch mal brennt. Die EU als Brandstifter erinnert an ältere Bilder von äußeren Feinden.



Bild 30: „Unsere Stärken opfern?“ Druckvorlage für SVP-Zeitungsinsert zur eidgenössischen Abstimmung „Ja zu Europa“, 2001.

Bildsprache der Befürworter

Auffallendstes Merkmal der Bilder der EU-freundlichen Seite ist eine starke Textlastigkeit. Offenbar besteht eine gewisse Scheu, auf die bekannten nationalen Symbole zurückzugreifen. Zugeständnisse an populäre Formen finden sich hingegen in der Gestaltung der Inserate, die zwar auf Abbildungen verzichten, aber im grafischen Stil der Boulevard-Presse (wie ihn auch die Gegner verwenden) aufgemacht werden.



Bild 31: Inserat des Komitees „Bewährte Bilaterale JA“, 2005.

Bisweilen ist auch ein gewisser Textwitz zu finden, der sich von den symbolschweren und intellektuell wenig anspruchsvollen Kampagnen der Gegner abzugrenzen sucht – etwa wenn die Sozialdemokratische Partei das Thema der Beitrittsverhandlungen der Schweiz mit der EU ummünzt auf Beitrittsverhandlungen mit potentiellen Parteimitgliedern: „Die SP nimmt schon jetzt Beitrittsverhandlungen auf. Mit Ihnen.“¹⁵

¹⁵ Flyer der Sozialdemokratischen Partei (SP), 2002, Schweiz. Sozialarchiv, Zürich.



Bild 32: Plakat der Freisinnig-demokratischen Partei (FDP) zur Abstimmung über die Bilateralen Verträge, 2005.



Bild 33: Plakat der FDP zur Abstimmung über die Bilateralen Verträge, 2005.



Bild 34: Inserat des Komitees „Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen“, 2005.



Bild 35: Abstimmungsplakat Forum Schweiz-EWR/Arbeitskreis Schweiz-Europa, 1992.



Bild 36: Plakat der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zur Asylinitiative, 2002.

Weitaus häufigstes visuelles Zeichen der Befürworter ist das Schweizerkreuz. Eher vermieden wird hingegen die Verwendung von EU- oder anderen europäischen Symbolen, wohl aus Furcht, damit Abwehrreflexe auszulösen. Die Sterne finden sich nur selten; am ehesten noch bei Parteien und Organisationen, die über eine kleinere und deutlich definierte Anhängerschaft verfügen, weniger bei Parteien mit breiter und heterogener Basis. Von größeren Organisationen werden Sterne, wenn überhaupt, meist nur in Kombination mit dem Kreuz verwendet.



Bild 37: Plakat der Sozialdemokratischen Partei (SP) zur Abstimmung Schengen/Dublin, 2005.



Bild 38: Plakat der Parti socialiste (PS), 2000.

Die EU-Symbole finden sich hingegen häufig in kommerziellen Werbekontexten.



Bild 39: Plakat der Basler Werbeagenturen, 1994.



Bild 40: Plakat der Berner Zeitung, 1990.

Witzige und ironische Kombinationen von Stern und Kreuz waren vor allem Karikaturisten und Werbefachleute, jedoch kaum politischen Organisationen.



Bild 41: Plakat des Tages-Anzeigers, 1994.

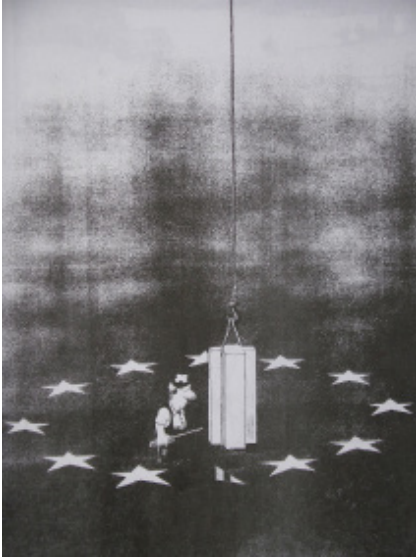


Bild 42: Zeichnung von Heinz Wildi, 1991.

Bei politischen Organisationen verkommt das Kombinationsspiel zwischen EU-Symbolen und schweizerischen Elementen häufig zur gefällig-unauffälligen Allerweltsgrafik.



Bild 43: Plakat der „Schweizer Frauen für den EWR“, 1992.



Bild 44: Plakat der SP zur Abstimmung Schengen/Dublin, 2005.

Als erste Zwischenbilanz lässt sich feststellen, dass Europa mit der EU und diese visuell mit Sternen gleichgesetzt wird. Allerdings fehlt auf der befürwortenden Seite ein positives Europabild. Die Plakate und Inserate wirken textlastig, intellektuell, der grafische Einsatz von Sternen und Farben oft beliebig und konturlos. Wenn die Befürworter hingegen auf nationale Symbole zurückgreifen, produzieren sie überzeugendere Ideen, etwa die Interpretation des Schweizer Kreuzes als Pluszeichen, das ohne EWR zu einem Minus wird. Offensichtlich eignet sich die emotional hoch beladene nationale Symbolik besser für kreative Lösungen als die noch kaum verankerte europäische Bilderwelt.

Die wirtschaftliche Ebene

Wenden wir uns nun den wirtschaftlichen Beziehungen zu, bei denen es um Geld, Arbeitsplätze und Wohlstand geht, also auch um eine Ebene, die für das Klischeebild der Schweiz von ebenso großer Bedeutung wie die Berge oder die Schokolade ist. 2005 gingen 62 Prozent der schwei-

zerischen Exporte in den EU-Raum, 82 Prozent der Importe kamen von dort. Rund 44 Prozent der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland wurden in der EU getätigt (das waren 2005 rund 198 Milliarden Franken, die in der EU etwa 850.000 Arbeitsplätze generierten). Die EU ihrerseits stellte 2004 rund 56 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz und schuf dort damit rund 130.000 Arbeitsplätze.¹⁶ Trotz ihrer geringen Größe ist die Schweiz für die EU ein wichtiger Wirtschaftspartner.

Auf Grund dieser intensiven Verflechtung und auch Abhängigkeit der schweizerischen Wirtschaft haben sich die Wirtschaftsverbände lange für eine Annäherung an die EU engagiert, teils einen Beitritt zu dieser, teils einen Beitritt zum EWR befürwortend. Heute hingegen hat sich diese Haltung gewandelt. Aus Sicht der Wirtschaft drängt sich ein Beitritt der Schweiz zur EU nicht mehr auf.¹⁷

Befürworter

Die Befürworter argumentieren wiederum primär verbal und betonen neben den Arbeitsplätzen die wirtschaftliche Perspektive generell, das Wachstum, das Geld, die Banken und Steuern.

¹⁶ Zahlen aus Schweiz. Nationalbank, Statistisches Monatsheft, Mai 2006, http://www.snb.ch/d/publikationen/publi.html?file=/d/publikationen/monatsheft/aktuelle_publication/html/d/inhaltsverzeichnis.html; Eurostat: http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&open=/&product=Yearlies_new_external_trade&depth=3 [alle: 25.5.2006].

¹⁷ Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse: Positionen und Anliegen der Schweizer Wirtschaft im europäischen Integrationsprozess. In: Europa Forum Luzern (Hg.): Agenda 2002 Schweiz - Europa: Berichte aus Bern und Brüssel. Standpunkte aus Wirtschaft und Politik. Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Europa. Aktuelle integrationspolitische Tour d'Horizon. Europäische Finanzplätze im Wettbewerb. Internationale Kooperation bei der Inneren Sicherheit. Luzern 2003, S. 41-45, hier S. 45.



Bild 45: Plakat der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) zur Abstimmung über die Bilateralen Verträge, 2005.

Während die Gegner vorrechnen, dass ein EU-Beitritt Milliarden kosten würde, liefern die Befürworter ebenso plausible Statistiken, die belegen sollen, wie sehr das Land von der EU profitiert, die auch in der Schweiz Arbeitsplätze und Wohlstand generiert. Hier entwickeln die EU-freundlichen Organisationen die größte Symbolstärke, entsprechen damit auch dem Klischee der Gegner, dass primär diejenigen Gruppen eine Annäherung befürworten, die davon sehr profitieren. Sie lassen die Münzen klingen, zeigen voll behangene, fruchtbare Apfelbäume, drohen mit der Stilllegung von Fabriken und dem Fehlen von Personal und Leistungen, um darzustellen, was auf das Land zukommt, sollte sich das Verhältnis zur EU verschlechtern.

Bilaterale sichern!



Denn jeder dritte Arbeitsplatz
hängt am Handel mit der EU.

Am 25. September



Bild 46: Inserat des Komitees „Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen“, 2005.



Bild 47: Inserat des Komitees „Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen“, 2005.

Die eher idealistische Seite der europäischen Integration, der Wunsch nach einem geeinten Europa aus politischen, friedenspolitischen, demokratischen oder welchen Idealen auch immer, der lange Zeit als das wichtigste Argument der Befürworter erschien, ist im Laufe der Jahre der Auflistung harter ökonomischer Tatsachen gewichen.

Gegner

Die Annäherungsgegner hingegen betonten die Gefahr des Wohlstandsverlustes und der steigenden Arbeitslosigkeit. Plakate, die Angst auslösen sollen vor den wirtschaftlichen Konsequenzen, gehören daher zu den beliebtesten Sujets.



Bild 48: Broschüre des „Komitees gegen EWR/EG-Beitritt der Schweiz“, 1992.



Bild 49: Plakat des „Schweizerischen Aktionskomitees gegen den Schengen-EU-Beitritt, 2005.

**Das wollen die anderen Parteien:
MILLIARDEN
für den EU-Beitritt zahlen.**

Die direkte Demokratie, den Schweizer Franken und die Neutralität. Zudem hatten SP, FDP und CVP eine EU-Beitritt. Der Bundesrat schreibt: «Der EU-Beitritt ist das Ziel des Bundesrates» (15.11.2000). Dieses Ziel haben alle Regierungsparteien außer der SVP geteilt. Die FDP hat 1995 den EU-Beitritt beschlossen und will um 2007 in die EU führen. Die CVP-Delegierten haben sich 1998 für den EU-Beitritt entschieden und 2001 die EU-Beitrittsinitiative unterstützt. Die SP ist seit jeder Föderal und Hanse für den EU-Beitritt. Wie von der SVP stehen als einzige Partei für eine Kooperation und erfolgreiche Schweiz ein.



- Ringförmiger Verlauf der Teiloberflächung
- Verlauf der Wellenlinie
- Zymelasma stellt einziges Hornschale
- Ringförmiger Randkörper stellt hornschale
- Hornschale werden in der El. zurecht

Ein EU-Beitritt heisst Verlust der Souveränität, der Neutralität und der direkten Demokratie.

halten trotz alledem Beitritt fest. Den Politikern von SP, FDP und CVP ist es egal, dass die Schweizer Bevölkerung bei einem EU-Beitritt nur verliert. Warum? Weil die Politiker profitieren: Sie bekommen höhere Löhne, ein Berufsparadies, mehr Steuern, viele Dienstleistungen – und vor allem: Sie müssen keine Verantwortung mehr tragen. Diese egoistischen Politiker müssen abgewählt werden.

SVP Schweizer Qualität

Die Gegner appellieren sehr direkt an die Situation der einzelnen Menschen, arbeiten generell mit Gefühlen der Angst und Bedrohung. In einzelnen Kampagnen übernehmen die Befürworter diese Emotionalität, ohne allerdings die Intensität der gegnerischen Inserate zu erreichen. Am deutlichsten wird das bei dem von den Gegnern bevorzugten Bedrohungsszenario Migration.

Die Ebene der Migration

Die Migranten stammen bis in die jüngste Vergangenheit praktisch ausschließlich aus Europa, zunächst aus den umliegenden Ländern, insbesondere Italien, danach weitere Staaten erfassend. Heute richtet sich die Abwehrhaltung primär gegen Migranten aus Ost- und Südosteuropa, so dass der Blick in die gleiche Richtung geht wie bei der EU-Osterweiterung. Die Schweizer mussten vor Kurzem darüber befinden, ob sie den Menschen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten die gleichen Einwanderungsrechte gewähren wollen wie den übrigen EU-Mitgliedern, was den Parteien, die Migration zu einem zentralen Anliegen erhoben haben, die Möglichkeit gab, die EU-Frage mit der Migrationsfrage zu verbinden.

Dabei werden in der Regel sehr unterschiedliche Europas miteinander verknüpft: das Europa der EU mit dem östlichen und südöstlichen Europa, eine Verbindung, die im Übrigen schon lange vor der Osterweiterung erkennbar war. Der Balkan, für viele Menschen und Politiker zugleich eine Art „Gegeneuropa“, wird auf diese Weise in das übrige Europa integriert. Die EU und generell alle, die für eine Politik der Offenheit eintreten, tragen nach dieser Auffassung die Verantwortung dafür, dass Menschen aus diesen Ländern die Schweiz „überschwemmen“ (Natur- und Katastrophenmetaphern werden in diesem Zusammenhang sehr häufig verwendet); die Kriminaltouristen werden durch ein offenes Europa ohne Grenzen geradezu ermutigt. Einmal mehr gilt es, die Schweiz als letzte sichere Bastion zu verteidigen.

Es sind also gerade diejenigen, die von der EU und von vielen Westeuropäern als „nicht zu Europa gehörig“ oder die europäischen Normen (noch) nicht erfüllend gesehen werden (häufig in durchaus rassistischen Aussagen übrigens, was den europäischen Normen eigentlich auch nicht entspricht), die das Bild eines „offenen Europa“ ganz besonders prägen, zumindest bei den Gegnern. Am intensivsten wird auf eine Gruppe Bezug genommen, die in der Schweiz zum Lieblingsfeindbild geworden ist: Die „Jugos“, wie sie von vielen genannt werden, die Jugoslawen oder „Ex-Jugoslawen“ (eine ebenso häufige wie degradierende Bezeichnung), seit einiger Zeit zunehmend auch differenziert, indem man nun teilweise speziell die Albaner nennt, die in der Schweiz die größte Gruppe von Zuwanderern aus dem Balkan stellen.

Bei Abstimmungen zu Migrationsfragen zeigen die Gegner, dass auch sie die Kunst der reinen Textwerbung beherrschen. Auf einem Plakat über die Finanzierung eines Kontaktnetzes für Kosovo-Albaner wurde

„Kontaktnetz für“ so klein gedruckt, dass man aus einer gewissen Distanz nur lesen konnte: „Kosovo-Albaner Nein“.

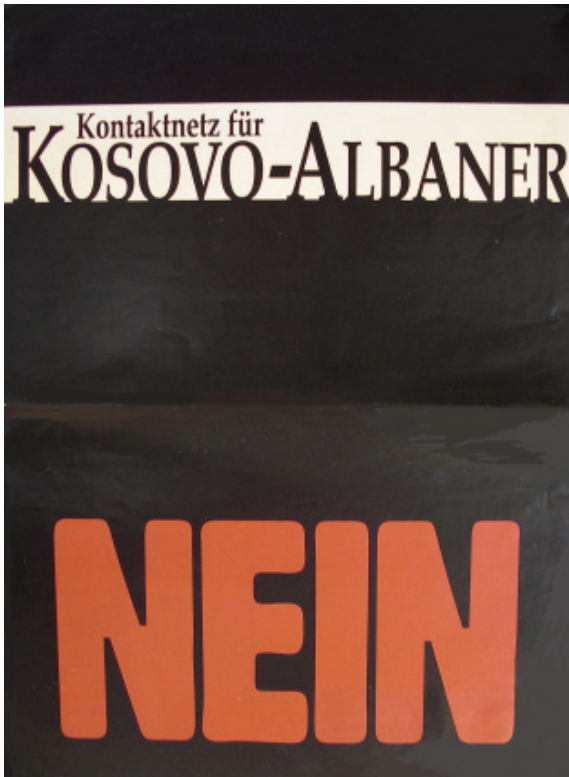


Bild 51: Plakat der SVP der Stadt Zürich, 1998.

Wiederum dominieren in der Regel aber Motive, die Angst machen sollen, kombiniert mit den nationalen Symbolen: Das Schweizerkreuz, das von suspekten, unsympathischen Figuren mit Sonnenbrillen und Handschuhen aufgeschlitzt wird. Düstere, dunkle Farben und Stimmungen herrschen vor, damit die Gefahr und die Bedrohung spürbar werden. Innenpolitische Gegner wie „die Linken und die ‚Netten‘“ werden verantwortlich gemacht für „mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst“.

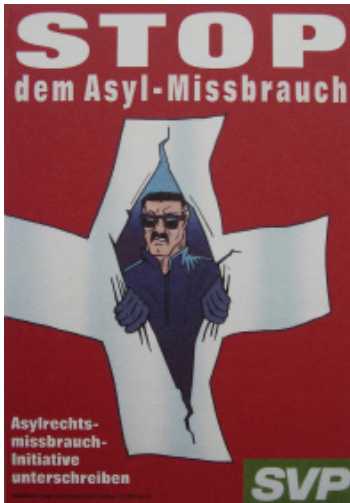


Bild 52: Plakat der SVP, 2003.



Bild 53: Plakat der SVP, „Initiative gegen illegale Einwanderung“, 1996.



Bild 54: Zeitungsinserat der SVP, 2005.



Bild 55: Inserat der SVP, 1993.

Das haben wir den Linken und Netten zu verdanken:

Verhätschelte Kriminelle... Schamlose Asylanten... Brutale Albanermafia...

Die Kriminalität ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Vor allem die schweren Delikte wie Mord, Vergewaltigung und Körperverletzung. Aber auch im täglichen Leben haben Drohungen, Schlägereien und Diebstähle stark zugenommen. Einzelne Volksgruppen dominieren die Krim-

nalitätststatistiken. Albaner und Schwarzafrikaner beherrschen den Drogenhandel. Schamlose Asylbewerber nutzen unser Gastrecht aus. Linke Medien und feige Politiker verharmlosen diese Tatsachen. Wir nicht. Wir von der SVP nennen die Missstände beim Namen.

Angst und Gewalt:

- Jeden Tag wird in der Schweiz eine Frau vergewaltigt.
- Alle 15 Minuten erfolgt ein Diebstahl.
- Jugendlicher terrorisieren Kinder und Schüler.
- Jede fünfte schone Asylanter wird strafällig.
- Der Strafollung kostet den Staat rund 3 Milliarden Franken. Auf eine eine-köpfige Familie gerechnet, heisst das 2750 Franken im Jahr.
- Ausländer vergewaltigen Schweizer Mädchen.
- Chancen auf Reame und Behörden gehen verloren aus Überfüllung.
- Private Anwalte, -Berater, -Pöbeken. Die vorerzogen Drohungen haben von 2700 (1994) auf 6000 (2002) zugenommen.

Schamlose Asylanten:

Blick – In Blick 52 wurde am Donnerstag ein Gruppe einmisch. Die 34 gestalt gegen 22.30 Uhr vor der Asylbewerber-zentrale.

Als eine Polizeipatrouille wenige Minuten später erschien, bestanden die Asylbewerber die Reamen und drängen sie wieder zurück. Laut Kattingen-Schwarz schlug einer der Männer die Heischeide der Passanten gegen sie. Nicht besser reagiert er der Anwalt. Die Täter behielten die Hände bei den Hilfe-Leistungen. Erst ein grösseres Polizeieinsatz konnte die Gruppe beseitigen.

(Der Spitz-Anwalt vom 3. Juli 2003 (aktuell))

Für ein solches Asylwesen bezahlen wir jedes Jahr 2 Milliarden Franken Steuern!

Straftaten nehmen rasant zu:

Kategorie	Veränderung
Diebstahl	+32%
Verbrechen gegen Leib und Leben (Vergewaltigung)	+70%
Vergewaltigung	+76%
Totschlag	+295%

Quellen: 1990-2002, 2003, Statistik der Schweiz

Ausländeranteil verurteilter Straftäter

Strafkategorie	Anteil
Immigranten	80%
Einheimische	82%

Quellen: 1990-2002, 2003, Statistik der Schweiz

Asylanten, Albaner, Afrikaner

Der Ausländeranteil an schweren Verbrechen ist überdurchschnittlich hoch (um 80 Prozent). Innerhalb kurzer Zeit haben einzelne Volksgruppen, immer schamloser einen Asylbewerber unter Gastrecht aus. Das Bundesamt für Politik sucht in seinen Jahresbericht 2002.

„Neu Organisiert in der Schweiz liegt der Bundeskanzler der wegen finanzieller ungenügender Ressourcen zu verurteilen. Die wichtigsten Gruppen sind aber nicht die, denen der Handel mit Menschen in der Schweiz dominieren, und unethische Gruppen“, die den Bundeskanzler als Kriminelle bezeichnen. (Bericht vom Schweizer Fernsehen, 5. 10.)

„In den wichtigsten Kriminalen Gruppen übten Nationaler afrikaner (Albaner) (Bericht vom Schweizer Fernsehen, 5. 10.)

SVP-Politik heisst: Die Bevölkerung schützen, Kriminelle hart anpacken.

Die Bevölkerung schützen – keine Toleranz mit Verbrechen

Statt die Bevölkerung zu schützen, zeigen linke Medien und feige Politiker lieber „Realismus“ zu Kriminalität.

Statt der Polizei den Rücken zu stärken, beschimpfen die „Recken“ unsere Ordnungsgemasse als „Pragmatische“.

Statt straffällige und verurteilte Asylanten hart anzupacken, werden Wohnungen, Arbeitsplätze und Sozialleistungen zur Verfügung gestellt.

Müssen wir uns das bieten lassen? Nein!

Jetzt ist genug!
Die Bevölkerung schützen,
statt Kriminelle hätscheln

Schweizer Qualität

Schweizerische Volkspartei, Postfach, 3000 Bern 26, www.svp.ch

Bild 56: Inserat der SVP, 2003.

Ebenso werden in einem Inserat „Verhätschelte Kriminelle, Schamlose Asylanten, Brutale Albanermafia“ miteinander verbunden, um ein Gefühl der Totalbedrohung zu erzeugen. Allerdings wird die Migration immer mehr zu einer Frage, welche die Grenzen Europas sprengt – auf einem Plakat zum Beispiel dargestellt mit einer schwarzen Hand, die nach dem Schweizer Pass greift. Seit einiger Zeit ist wie überall zu beobachten, dass der Islam das bevorzugte Feindbild abgibt. In Statistiken wird die hohe Fruchtbarkeit der Muslime hochgerechnet bis zu dem Moment, in dem diese die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung stellen. Man geht sogar so weit, die Einbürgerungspraxis als so lax zu kritisieren, dass man Osama Bin Laden als Inhaber eines schweizerischen Personalausweises abbildet oder ihn drohend hinter der Schweizerfahne platziert.¹⁸

¹⁸ Flugblatt der Jungen SVP Wallis, „Ne vous laissez pas bernier“, 2004; Plakat der SVP Basel-Stadt, 2003.

Dank automatischer Einbürgerung: Muslime bald in der Mehrheit?

Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der Einbürgerungen in unserem Land rapide zu. Denn kein anderes Land bürgert so viel ein wie die Schweiz. Und von Jahr zu Jahr steigt auch die Zahl der Muslime in unserem Land massiv an.

Alle zehn Jahre verdoppelt sich der Anteil der Muslime in der Schweiz

Keine andere Glaubensgemeinschaft wächst so schnell wie die islamische. 1970 bekannten sich im Kanton Zürich 4'000 Personen zum Islam. Das entspricht jeder 380. Person. 1980 waren es aber bereits dreimal so viele. 1990 lebten bereits 27'700 Muslime im Kanton. Und von 1990 bis 2000 verdoppelte sich die Zahl nochmals, so dass im Jahre 2000 bereits rund 67'000 Muslime in Zürich lebten. Damit ist bereits jede 19. Person im Kanton ein Muslim!

Nicht anders sieht es schweizweit aus. «Insbesondere die Gruppe der Muslime ist in der Schweiz sehr stark gewachsen», heisst es beim Bundesamt für Statistik. Denn während 1990 nur 152'240 Muslime in unserem Land lebten, waren es im Jahr 2000 bereits



mehr als 310'000. Auch hier: Eine Verdoppelung innerhalb von nur 10 Jahren. Glaubt das so weiter, sind Muslime bald in der Mehrheit. Denn die Geburtenrate ist in islamischen Familien wesentlich höher als in anderen Familien.

In 20 Jahren die Mehrheit?

Nach drastischer Kritik seit Dr. Sami Adnan, Verantwortlicher für arabisches und muslimisches Recht, «da zehn Jahre verstrichen sind, hat sich der Anteil der Muslime in der Schweiz. Heute leben 310'000 offiziell und rund 150'000 illegal hier. In neunzig Jahren haben sie die Mehrheit. Dann gibt es mehr Muslime als Christen». Und das bringt grosse Probleme: «Muslime stellen ihre Religion über unsere Gesetze» (Jahrbuch, 20.3.2004).

Den Schweizer Pass automatisch allen geben, deren Eltern nur 5 Jahre in der Schweiz zur Schule gegangen sind?

Mit den beiden Einbürgerungsvorlagen soll nun das Schweizer Bürgerrecht automatisch an alle ausländischen Kinder übergeben werden. Einige Bedingung: Lediglich ein Elternteil muss gerade einmal 5 Jahre in der Schweiz zur Schule gegangen sein. Damit wird der Masseneinbürgerung Tür und Tor geöffnet. Und die Schweizer Volk hat nichts mehr zu sagen, mit wem es als Schweizer zusammenleben will.

Wer das nicht will, sagt am 26. Sept.:

Einbürgerungsvorlagen 2x Nein

Überparteiliches Komitee gegen Masseneinbürgerungen
Postfach 25, 8410 St. Gallen

Bild 57: Inserat des „Überparteilichen Komitees gegen Masseneinbürgerungen“, 2004.

Den Ausländern wird häufig ein Schweizer Biedermann, gelegentlich auch eine Schweizer Biederfrau gegenübergestellt, eine Figur, die in der Karikatur eine lange Tradition besitzt zur Darstellung rechtschaffen-eigenschaftslos-langweiliger Biederkeit, wird hier positiv gewendet und zum Abbild des treu-naiven „Schweizers“ und der braven „Schweizerin“. Es wäre eine eigene Arbeit wert, der Geschichte dieses doch recht eigenwilligen Selbstbildes der Konturlosigkeit einmal nachzugehen. Nur selten versuchen sich die Gegner an „witzigen Wortspielen“ wie zum Beispiel der Umkehrung von Rollenzuschreibungen, die unter dem Titel „Wir Schweizer sind immer mehr die Neger“ eine Person mit Nasenring, Kraushaar und Sennenkäppi zeigt.¹⁹

¹⁹ Inserat der SVP St. Gallen, 2003.



Bild 58: Inserat der SVP, 2003.

Befürworter

Die Befürworter bleiben – verglichen mit der harten und direkten Gestaltung und Aussage der Gegner – auch hier vage, verharren auf einer allgemein menschlichen Ebene und versuchen, die schwierigen Themen möglichst künstlerisch anzugehen. Ihre Plakate stehen in der Tradition pompöser Gesten der internationalen Solidarität – wie dem Händedruck der Genossen –, in derjenigen des Mahnens und Aufrüttelns, etwa mit einem Appell an die Scham bezüglich Flüchtlings- und Asylpolitik, und in derjenigen des Spottes über die Kleinbürgerlichkeit und Kleinkariertheit. Offensichtlich tun sich die Befürworter mit diesen Themen schwer, holen aus zu grossen Gesten, appellieren an hehre Ideale, moralisieren oder machen sich lustig über Eigenarten der eigentlich umworbenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Gegner wiederum stellen gerade diese kleinkarierte Konturlosigkeit als Vorbild hin und machen die biedereren, braven Schweizer zum Opfer, was sicherlich eher auf positive Resonanz stößt als der Appell an ideales Verhalten oder die bisweilen überheblich wirkende Kritik.



Bild 59: Plakat der Parti socialiste, Lausanne 1974.



Bild 60: Flugblatt des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gegen die SVP-Initiative gegen illegale Einwanderung, 1996.



Bild 61: „Isolation macht kleinkariert - Ja zur Personenfreizügigkeit“, Plakat der SP Schweiz, 2005.

Auf allen drei Gebieten (Politik, Wirtschaft, Migration) zu finden sind geographische Karten, die immer wieder eingesetzt werden, um die Stellung der Schweiz nicht nur räumlich, sondern auch symbolisch abzubilden. Grundbefindlichkeit ist das Gefühl des „Alleinseins“ oder auch des „Einzigartigseins“ in Europa. Das Alleinsein taucht als Ziel, aber auch als Vorwurf auf und verfügt über eine lange Darstellungstradition, wie etwa das Plakat zum Frauenstimmrecht aus dem Jahr 1950 zeigt.



Bild 62: Karte zur Europäischen Integration, Stand 2002.



Bild 63: Plakat des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht, 1950.

Immer steht bei diesen räumlichen Darstellungen die Schweiz im Zentrum des Geschehens, bildet sozusagen den Nabel der Welt. Je nach Position wird das Abseitsstehen gelobt, die Gefahr des Überranntwerdens mit großen Pfeilen und ähnlichen Symbolen betont oder aber der Alleingang kritisiert und eine bessere Integration in das Umfeld gefordert. Politische und touristische Symbolik zeigen hier im Übrigen eine überraschend große Übereinstimmung, wenn auch häufig unter entgegengesetzten Vorzeichen: wo die eine Seite Menschen anziehen will, möchte die andere sie draußen halten.



Bild 64: Anzeige „Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit“, 2005.



Bild 65: „Schweiz, immer in Sicht“. Postkarte der Schweizerischen Verkehrszentrale, 1977.

Europa=EU+Migration+Kriminalität

Wenn wir versuchen, eine Bilanz dessen zu ziehen, was an schweizerischen Wänden zu sehen ist, könnte man die sicherlich vereinfachte Gleichung aufstellen: Europa=EU+Migration+Kriminalität. Betrachtet man die Bilder, stellt man weiter fest, dass primär ein negatives Europa visualisiert wird. Es sind die Gegner einer Annäherung an die EU, die zu allen möglichen visuellen Schreckensszenarien greifen, um ihre Haltung zu untermauern. Darin liegt wohl der größte Unterschied zu praktisch allen anderen, innerhalb wie außerhalb der EU stehenden Staaten. Für die außen stehenden Staaten enthält die EU in der Regel ein Versprechen von Fortschritt, Wohlstand, Aufschwung, Stabilität und Unterstützung. Für die EU-Mitgliedstaaten hingegen ist „Europa“ – immer verstanden als EU – Realität, lässt sich kaum mehr dämonisieren. Auch dann nicht, wenn man gewissen Aspekten skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, etwa der Bürokratie oder einzelnen Bereichen der EU-Politik. Die EU kann nicht mehr zur Schicksalsfrage werden, an der die Zukunft des eigenen Staates oder die Identität der Gesellschaft festgemacht wird, und funktioniert auch nicht mehr als Projektion aller Übel von den Steuern bis zur Kriminalität, von der Asylgesetzgebung bis zum Überwachungsstaat. Zu sehr ist man selbst Teil dieses Systems und lebt den Alltag innerhalb dieses institutionellen Rahmens.

In der Schweiz hingegen braucht man, zumindest bei Wahl- und Abstimmungskampagnen, nicht zu differenzieren. Hier kann man getrost die Alteritätsbilder, die seit jeher bedient wurden, fortschreiben und jetzt auf das EU-Europa beziehen. Europa als Metapher ebenso wie als konkrete Form der EU steht bei den Gegnern weiterhin für alles, was die Schweiz gegenläufig, antithetisch, sonderfällig macht. Und je weniger das Land dieser Vorstellung in Wirklichkeit entspricht, desto mehr beschwören einzelne politische Gruppierungen – in der Regel eher rechtspopulistisch ausgerichtet, zum Teil aber auch grün-alternativ – diese Andersartigkeit. Die Klientel der ersten, weitaus größeren Gruppe gehört zu einem wesentlichen Teil zu den Modernisierungsverlierern, lässt sich in einer typologischen Vereinfachung beruflich als Bauern, Handwerker, Angestellte, Kleinunternehmer, allgemein als in Bereichen ohne ermutigende Zukunftsperspektiven Tätige beschreiben, sozial als ältere Menschen, schlecht Ausgebildete oder in Randregionen Lebende und mental als wenig flexible, konservative und auf ein stabiles Umfeld angewiesene Personen. Sympathisanten der zweiten Gruppe hingegen

gehören in der Regel zu gut ausgebildeten, mittelständischen, globalisierungskritischen, ökologischen und eher urbanen Szenen.

Auffallend ist weiter, dass zumindest die konservativen Gegner eines EU-Beitritts für Europa die gleichen Bilder brauchen, die Europa verwendet, um sich gegen außen abzugrenzen: Die Bilder von Fluten von Migranten und Asylsuchenden, die über Europa beziehungsweise über die Schweiz herfallen, der drohenden Kriminalität, der mangelnden Integration allgemein. Obwohl die EU eine Politik verfolgt, die derjenigen der Schweiz gar nicht so unähnlich ist, wird sie als Gefahr gesehen, als Ort, der eben all diese Bewegungen von Menschen erst möglich macht. Die EU-Vertreter und die EU-Gegner in der Schweiz würden sich ironischerweise in vielen Sachfragen gar nicht so schlecht verstehen. Aber zu einer solchen Annäherung kam es bisher nicht. Ausgerechnet diejenigen, welche die Angst vor Asylanten, Kriminalität, unkontrollierter Migration und Terrorismus mit allen Mitteln schüren, haben sich vehement (und erfolglos) gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengen- bzw. Dublin-Abkommen gewehrt, welches das Land an die europäische Datenkoordination anschließen soll.

Zu fragen wäre, warum die Seite, die – in welcher Variante auch immer – für eine Annäherung an „Europa“ und an die EU plädiert, visuell so erstaunlich phantasielos bleibt. Offensichtlich hat Europa visuell nichts zu bieten, ist wenig attraktiv, weckt keine Sehnsüchte und Träume. Man bemüht zwar bisweilen die europäischen Sterne, kombiniert diese in allen möglichen graphischen Varianten mit dem Schweizerkreuz. Es fehlt aber eine eigentliche europäische Bildsprache, so dass primär auf nationale Bildelemente zurückgegriffen werden muss. Europa als „master symbol“, wie Turner den Begriff geprägt hat, „an icon that embraces a whole spectrum of different referents and meanings“²⁰, ist zumindest visuell kaum auszumachen. Die Gestaltung der Plakate wirkt überaus trocken, rational, argumentativ.

Ein Punkt, in dem sich die Sicht auf Europa und damit auch die visuelle Ebene langsam verändert, ist der Patriotismus. Lange hatten EU-Befürworter, vor allem die linken Parteien, für ein offenes Europa, eine offene Gesellschaft, für Multikulturalität und Toleranz plädiert. Patriotismus war out, gehörte den Ewiggestrigen, die ihn auch zu nutzen und

²⁰ Zit. N. Victoria A. Goddard/Joseph R. Llobera/Cris Shore: Introduction. *The Anthropology of Europe*. In: Dies. (Hg.): *The Anthropology of Europe. Identity and Boundaries in Conflict*. Oxford 1994, S. 1-40, hier S. 26.

instrumentalisieren wussten. Seit einiger Zeit erlebt die Schweiz eine neue Wende hin zum Patriotischen, die sich in tausend trendigen Dingen manifestiert, die nun das Schweizerkreuz tragen, was vor 20 Jahren vollkommen undenkbar gewesen wäre.²¹ Selbst die Sozialdemokratische Partei reitet auf dieser Welle, allerdings nicht, ohne die patriotischen Gefühle gleich auf Europa auszubreiten. So greift sie in einem Plakat auf Füsslis Rütlichschwur-Darstellung zurück und versieht die Schwörenden mit schweizerischen, europäischen und UNO-Emblemen: „Unser Patriotismus kennt keine Grenzen“.²²

Graphisch wird es deshalb immer dann etwas aufregender, wenn mit dem Schweizerkreuz gespielt wird: Wenn sich dieses zu einer uneinnehmbaren Festung zusammenfaltet, zum Gefängnis oder zum Schutzraum mutiert. Entsprechende europäische Varianten, wiewohl politisch gegeben und durchaus vergleichbar, sind nicht zu finden. Weil man sich Europa trotz aller Appelle auch selbst noch gar nicht so richtig vorstellen kann? Weil es sich, anders als bei den Gegnern, nicht (mehr) um Emotionen handelt? Kühl wird vorgerechnet, dass die bilateralen Verträge deutlich mehr Vor- als Nachteile bringen, vor allem auch wirtschaftlich. Man hört es klimpern in der eigenen Tasche, das ist die Musik, mit der man die Wählerinnen und Wähler anlockt, nicht die Schalmeienklänge eines neuen Europas.

Man beschwört die Schweiz, nicht Europa. Europa hilft als Argument, ist nicht Ziel an sich. Wenn Europa uns Vorteile verschafft, ist es willkommen, ansonsten möchten wir damit nicht viel zu tun haben, lautet eine unterschwellige Botschaft auch der befürwortenden Seite. Europa ist positiv, wenn es der Schweiz, der eigenen Situation etwas bringt, Europa erscheint negativ bei denjenigen Auswirkungen, die gleichgesetzt werden mit der Globalisierung: Einschränkung des eigenen Spielraums, Steigerung des kompetitiven Elements, fehlende Rücksicht auf wie auch immer geartete regionale Besonderheiten, mangelnder Schutz der Schwachen (Bauern, Randregionen), unkontrollierbare Migration.

Außer Teilen der Linken, die in Brüssel den Traum eines europäischen Sozialstaates greifbar nah sehen, und einigen vor allem aus jungen Menschen bestehenden Organisationen von Enthusiasten, die ihre

²¹ Elio Pellin/Elisabeth Ryter (Hg.): Weiss auf Rot. Das Schweizer Kreuz zwischen nationaler Identität und Corporate Identity. Eine Publikation der Hochschule der Künste Bern HKB. Zürich 2004.

²² http://www.sp-ps.ch/aktuell/medienkonferenzen/mk_detail.htm?view_Medienkonferenzen_OID=12 [30.10.2005].

Lebensträume auf Europa projizieren, sehnt sich niemand nach Europa. Dieses erscheint zunehmend in viele kleine Sachfragen aufgeteilt. Und wenn eine emotionale oder visionäre Ebene – selten genug – einmal durchscheint, wirken solche Illustrationen harmlos-verträumt (wie in Abbildung 43, in der eine Frau die Arme hebt und mit Sternen jongliert). Man denkt an Kinderbuchillustrationen und deren Faszination, in eine Welt zu reisen, die fernab der Realität liegt.

Immer wieder macht sich auf der europafreundlichen Seite auch ein ausgeprägt intellektueller Zugang bemerkbar. In einer Broschüre der „Neuen Europäischen Bewegung Schweiz“ mit dem Titel „Auf in die Europa-Debatte! Zur Grundsatzdiskussion über die Rolle der Schweiz im europäischen Integrationsprozess“ (erschieden in Bern 1999) finden sich zwischen 80 Seiten Text vier künstlerische Schwarz-Weiß-Fotografien von kommunizierenden Personen. Unwillkürlich stellt man sich die Frage, was diese Bilder mit dem Integrationsprozess zu tun haben und wie man damit Wählerinnen und Wähler gewinnen könnte.

Lässt sich das insgesamt einseitige Europabild, das an Schweizer Wänden zu sehen ist, damit erklären, dass es positiv besetzte Europa-Bilder einfach nicht gibt – oder gibt es sie nur in der Schweiz nicht? Gibt es sie andernorts, und wenn ja, wie sehen sie aus? Erscheinen sie als Projektion nationaler Floskeln oder weisen sie Unterschiede zu diesen sattsam vertrauten Bildern auf? Zumindest in der Schweiz erscheint Europa primär als Negativfolie, als Feinbild, als Leerstelle oder als biederer Kalkül.

Abschließend sei eine kleine Randbemerkung zu unserem Fach erlaubt. In vielerlei Hinsicht wurde hier ein Bild präsentiert, das die Schweiz als kleine, homogene, überschaubare, auf sich selbst bezogene Gemeinschaft erscheinen lässt, wie sie Volkskundler und Ethnologinnen mit Vorliebe untersuchen, Europa hingegen als große, unüberschaubare, ja sich auflösende, anomische moderne Gesellschaft. Europegegner in der Schweiz und ethnologisch Forschende bevorzug(t?)en kleine, ländliche, abgeschlossene, überschaubare, statisch wirkende Gesellschaften mit starken Werten, traditioneller und homogener Kultur und klaren ethnischen Gruppen. Europa hingegen erscheint als das Gegenteil, als das, was in unserem Fach lange Zeit als moderne Entwicklung und damit als nicht zum eigenen Forschungsfeld gehörend ausgeklammert wurde,

als Prozess, in dem sich Grenzen auflösen und die Gesellschaft unüberschaubar, amorph und traditionslos zu werden droht.²³

Haben wir fachlich gleich viel Mühe mit Europa wie die Europagegner, plagen uns die gleichen Sorgen, wenn auch nicht politisch, sondern wissenschaftlich? Wie soll man diesen großen, vielfältigen, kaum zu fassenden Komplex untersuchen können? Die klassischen anthropologischen Zugänge helfen wenig, die immer wieder als Eigenheit und Stärke des Faches beschworene Beschränkung auf die Mikroebene führt nicht weiter, die Verbindung von Mikro und Makro, klein und groß, lokal und europäisch aber stellt uns methodisch noch immer vor enorme Herausforderungen. Das Tempo und die Vielfalt der Prozesse und die hohe Verflechtungsrate machen uns zu schaffen, wie das Boissevain schon vor 30 Jahren festgestellt hat.²⁴ Wächst uns Europa nicht über den Kopf? Werden wir da nicht in etwas hineingezogen, aus dem wir nicht mehr herauskommen; enden wir nicht in einem Labyrinth, wie einst Minotaurus, Resultat der Verbindung eines Stieres mit Pasiphaë, der Gattin des Europa-Sohnes Minos? Noch scheinen wir auf jeden Fall den Ariadne-Faden nicht gefunden zu haben und sitzen wie die „Helvetia“ von Bettina Eichin etwas gedankenverloren am Ufer und schauen auf den Rhein, der dem Meer entgegenströmt.



Bild 66: „Helvetia“ von Bettina Eichin bei der Mittleren Brücke in Basel.

²³ Vgl. auch Goddard/Llobera/Shore: Introduction (wie Anm. 20), S. 1-40.

²⁴ Vgl. Jeremy Boissevain: Introduction: Towards a Social Anthropology of Europe. In: Ders./John Friedl (Hg.): Beyond the Community: Social Process in Europe. Den Haag 1975, S. 9.

